

WO JETZT EINE NAHRUNGSMITTELKRISE DROHT – UND WO NICHT

In deutschen Supermärkten sind Sonnenblumenöl und Mehl ausverkauft. Bereits vor Beginn des russischen Angriffskriegs erreichten die Preise für Korn- und Saatgut neue Rekordstände, doch nun hat sich die Situation noch einmal verschärft. Eine Nahrungsmittelkrise droht, allerdings nicht in den entwickelten Volkswirtschaften, sondern insbesondere in Nordafrika und dem Nahen Osten. Verschärft wird die Knappheit durch China, das erhebliche Anteile der Weltproduktion aufkauft und als Reserve hortet. Die Europäische Union sollte in dieser Situation nicht dem Beispiel vieler deutscher Verbraucher folgen, sondern die Bevölkerung der ärmsten Länder durch Nahrungsmittelimporte stärker unterstützen.

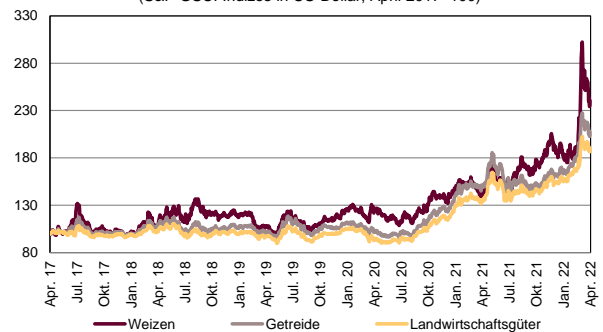
Bereits vor Ausbruch des russischen Angriffskriegs erreichten die **Nahrungsmittelpreise** neue Rekordstände. Der Einmarsch Russlands in die Ukraine hat diese Entwicklung verstärkt. Die zerstörte Hafeninfrastruktur in der Ukraine gefährdet den Weizenexport, der rund 80 Prozent der inländischen Produktion ausmacht. Nahrungsmittelimporte aus Russland, dem weltgrößten Exporteur von Weizen, sind zu einem Politikum geworden. Das russische Landwirtschaftsministerium hat eine Quote für die Ausfuhr von Sonnenblumenöl verhängt und die Ausfuhr von Sonnenblumenkernen und Raps verboten. Der ehemalige russische Präsident Dmitri Medwedew drohte damit, Agrarprodukte und Lebensmittel nur noch in "befreundete" Länder zu exportieren. Laut Medwedew sind Lebensmittel eine "stille Waffe" im Kampf gegen die westlichen Sanktionen.

Durch den Krieg konnte die Aussaat in der Ukraine für die Ernte im kommenden Jahr nicht erfolgen, so dass mit deutlich weniger Erträgen zu rechnen ist. Ein Sonderbericht der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) gibt Anlass zur Sorge. Aussagen der FAO zufolge stehen Russland und die Ukraine für rund 30 Prozent des weltweiten Volumens von Weizenexporten. Weltweit gibt es 50 Länder, deren Weizenimporte zu mindestens 30 Prozent aus Russland oder der Ukraine stammen. Bei 26 Ländern sind es sogar über 50 Prozent. Betroffen sind insbesondere die Regionen **Nordafrika und der Nahe Osten**, die überdurchschnittlich stark von Weizenimporten abhängig sind. Nach Schätzungen der FAO könnten in Abhängigkeit von der Dauer des Kriegs die Anzahl unterernährter Menschen im Zeitraum 2022 bis 2026 um bis zu 13 Millionen zunehmen und die Weizenpreise mittelfristig um weitere 20 Prozent steigen.

In Ländern wie Deutschland machen Nahrungsmittel nur einen relativ geringen Teil des Warenkorbs aus, der für die Messung der Inflation genutzt wird. Die Preise von

Nahrungsmitteln werden zudem stärker von den inländischen Lohn- und Vertriebskosten als von den Preisen der Vorleistungsgüter bestimmt. In unterentwickelten Volkswirtschaften ist das jedoch anders, so dass dort **Engpässe bei der Versorgung, stark steigende Preise und Hungersnöte** drohen. Politische Unruhen können die Folgen sein, wie sich beim arabischen Frühling 2010 gezeigt hat. Der Staat kann zwar durch Subventionen den Brotpreis vergünstigen, doch die Haushaltslage setzt dem in der Regel enge Grenzen.

Entwicklung der Preise für Landwirtschaftsgüter
(S&P GSCI Indizes in US-Dollar, April 2017=100)



Eine solche Krise könnte allerdings verhindert werden. Weltweit müssten dazu Nahrungs- und Düngemittelhilfen bereitgestellt und die Transport- und Lieferwege gesichert werden. Darüber hinaus sollte der Handel nicht eingeschränkt und Exportrestriktionen aufgehoben werden. Auf Sanktionen gegen den Erwerb von Düngemitteln sollte verzichtet, der Einsatz von Agrarkraftstoffen verringert und die Aussetzung von Flächenstilllegungsprogrammen beschlossen werden.

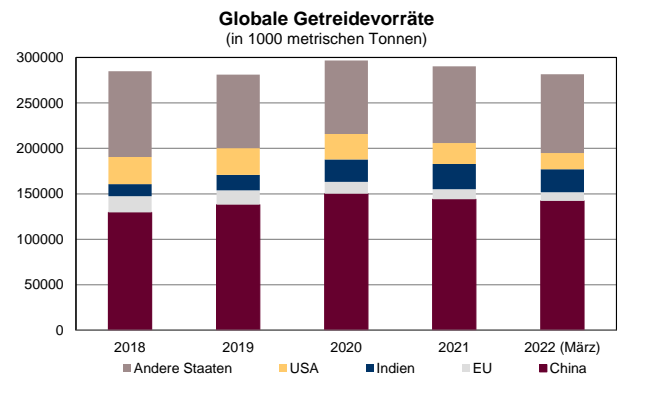
In diesem Zusammenhang gab die Europäische Union jüngst bekannt, vier Millionen Hektar sogenannter **ökologischer Vorrangflächen** zum Anbau freizugeben. Landwirte mit mehr als 15 Hektar Ackerland mussten bisher sicherstellen, dass auf mindestens fünf Prozent ihrer Fläche zum Wohl der Biodiversität keine Kulturpflanzen angebaut werden. Dafür erhalten sie eine

„Ökologisierungszahlung“. Als ökologische Vorrangflächen nutzen Landwirte jedoch vorwiegend wenig ertragreiche Böden, so dass eine Freigabe die Weizenknappheit nicht lösen kann.

Der Schlüssel für eine Lösung der drohenden Nahrungsmittelknappheit liegt nicht nur in Europa, sondern auch in China. Anfang März trafen sich die G7 Agrarminister in Rom zu einer außerordentlichen Sitzung, um auf Basis des FAO-Sonderberichtes unter anderem auch über die angespannte Lage auf dem Getreidemarkt zu sprechen. An dem Treffen nahm der chinesische Generaldirektor der FAO, Qu Dongyu, teil, der den FAO-Sonderbericht längere Zeit unter Verschluss hielt und dafür international kritisiert wurde. Im aktuellen Chinesischen Fünfjahresplan spielt die Versorgungssicherheit bei Getreide eine wichtige Rolle. Eine Hungersnot, wie sie das Land von 1958 bis 1961 während des „Großen Sprungs nach vorne“ erlebt hatte, soll sich auf keinen Fall wiederholen.

Da China den Nahrungsmittelbedarf der eigenen Bevölkerung aus eigener Produktion nicht decken kann, kauft es große Teile der globalen Erzeugung auf. Nach Schätzungen des US-Landwirtschaftsministeriums beträgt Chinas Anteil an den weltweiten Getreidevorräten 69 Prozent bei Mais, 60 Prozent bei Reis und 51 Prozent bei Weizen. Allein der Weizenvorrat reicht für 15 Monate. Diese gewaltige Nachfrage hat in den letzten Jahren zum Anstieg der Preise beigetragen. Angesichts der Aussagen des chinesischen Agrarministers Tang Renjian, dass China die

schlechteste Weizenernte der Geschichte bevorstehe, dürfte die Nachfrage sogar noch zunehmen.



Eine Nahrungsmittelkrise könnte also schon bald Realität werden. Doch auch wenn die Hamsterkäufe in deutschen Supermärkten einen anderen Eindruck erwecken: Diese Krise droht weder in Europa, noch in den USA oder China, sondern vor allem in den **ärmsten Ländern dieser Welt**. Somalia und Benin importieren ihren Weizen ausschließlich aus Russland und der Ukraine. Sehr hoch sind die Abhängigkeiten in Ägypten, dem Sudan, der Demokratischen Republik Kongo und vielen anderen afrikanischen Ländern. Der Libanon importiert 80 Prozent seines Weizenbedarfs aus der Ukraine. Die Europäische Union sollte daher ihrer Verantwortung gerecht werden und diese Länder mit Weizenlieferungen stärker unterstützen. Tut sie dies nicht, könnte China seine Reserven abbauen und diese Rolle übernehmen - und dabei seinen politischen Einfluss in Afrika und dem Nahen Osten weiter ausbauen.

Ansprechpartner: Investment Office Marcard, Stein & Co, Dr. Christoph Kind (ckind@marcard.de), +49 40 32099-319, Christian Bußmann, (cbussman@marcard.de), Yannick Düring (yduering@marcard.de), Ralph Groß (rgross@marcard.de), Annette Streicher (astreicher@marcard.de)

Herausgeber

MARCARD, STEIN & COAG – DIE FAMILY OFFICE BANK, Ballindamm 36, 20095 Hamburg, Tel. +49 40 32099-0, Fax +49 40 32099-200, www.marcard.de

© Copyright 2022

Das Werk einschließlich aller Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtes ist ohne unsere Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Medien des gesamten Inhalts oder von Teilen.

Haftungsausschluss

Dem Inhalt dieses Werks liegen vertrauenswürdige Informationen aus öffentlich zugänglichen Quellen zugrunde. Für die Richtigkeit können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Die hierin enthaltenen Aussagen können jederzeit ohne Vorankündigung geändert werden. Dieses Werk stellt weder ein Verkaufsangebot noch eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots zum Kauf von Wertpapieren dar und ersetzt keine aktuelle anleger- und produktbezogene Beratung über den Erwerb von Wertpapieren. Voraussetzung für eine kunden- und produktgerechte Beratung ist, dass Sie uns auf unsere Fragen bezogen auf Ihre Anlageziele und finanziellen Verhältnisse aktuelle, richtige und vollständige Angaben machen. Nur so sind wir in der Lage, Ihnen Empfehlungen entsprechend Ihren Anlagezielen und finanziellen Möglichkeiten zu geben. Im Rahmen der Geeignetheitsprüfung gleichen wir unsere Empfehlungen mit Ihren Anlagezielen und finanziellen Möglichkeiten ab. Insbesondere die Risikobereitschaft, Verlusttragfähigkeit und der bevorzugte Anlagehorizont bilden essentielle Bausteine für eine erfolgreiche und individuell zugeschnittene Anlageberatung.

Die Ausführungen gehen von unserer Beurteilung der gegenwärtigen Rechts- und Steuerlage aus. Durch etwaige andere Gesetze, Gesetzesänderungen, Veränderung der Rechtsprechung oder Erlasse kann sich die steuerliche Beurteilung – ggfs. auch rückwirkend – verändern und können die beschriebenen steuerlichen Folgen nachteilig beeinflusst werden. Die in diesem Werk enthaltenen Meinungsansagen geben unsere aktuelle Einschätzung wieder. Die in dieser Einschätzung zum Ausdruck gebrachten Meinungen können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Die steuerlichen Ausführungen erheben nicht den Anspruch, sämtliche steuerliche Aspekte zu behandeln, die aufgrund der persönlichen Umstände des einzelnen Anlegers von Bedeutung sein können. Interessierten Anlegern wird daher empfohlen, sich von einem Angehörigen der steuerberatenden Berufe über die steuerlichen Folgen des Erwerbs, des Haltens und der Veräußerung von Wertpapieren beraten zu lassen. Für die Richtigkeit der hier genannten Informationen übernehmen wir keine Gewähr.